

An Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles,  
Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel,  
Bundesjustizminister Heiko Maas

**Bonn, 02. November 2015**

## **Betreff: Deutschkurse unter arbeitsrechtlich bedenklichen Bedingungen!**

Sehr geehrte Frau Nahles, sehr geehrter Herr Gabriel, sehr geehrter Herr Maas,

angesichts der hohen Flüchtlingszahlen betonen Sie, Frau Nahles und Herr Gabriel, immer wieder, von welcher großer Bedeutung der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ist.

Das sehen wir, zehntausende Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache, genauso.

Es ist für Sie wichtig, dass die Flüchtlinge die Chance haben, möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert zu werden und grundlegend dafür sind selbstverständlich sehr gute Deutschkenntnisse.

Es ist bereits jetzt sehr schwierig, aufgrund der aktuell inakzeptablen Arbeitsbedingungen eine ausreichende Zahl an Lehrkräften für diese zentrale Aufgabe der Integration zu finden.

Um diesem Missstand entgegen zu treten, fordern wir:

- Festanstellungen und Tarifverträge für akademisch gebildete Deutschlehrkräfte mit einer Vergütung wie BerufsschullehrerInnen
- Ausgliederung der Koordination der Integrationskurse aus dem ohnehin völlig überforderten BAMF und Eingliederung in das Bundesbildungsministerium, denn Integrationskurse sind Bildungsauftrag

Nur so werden qualifizierte Lehrkräfte bereit sein, im Bereich der Integrationskurse für Erwachsene tätig zu sein und zu werden anstatt wesentlich attraktivere Stellenangebote der öffentlichen Schulen anzunehmen.

Die Bedeutung, die der Integration zugestanden wird, zeigt sich deutlich an der Bezahlung derer, die diese Aufgabe umsetzen.

Zur Zeit erhält eine Deutschlehrkraft mit akademischer Ausbildung im Rahmen dieser Tätigkeit etwa ein Drittel des Einkommens einer Lehrkraft an einer öffentlichen Schule, denn wir arbeiten ohne Beteiligung der Auftrag gebenden Seite an Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, ohne Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub, dies alles aber im Auftrag des Staates.

Es kann nur im Sinne der Bundesministerin für Arbeit und des Bundesministers für Wirtschaft sein, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Ebenso gehen wir davon aus, dass der Bundesminister der Justiz an der Schaffung legaler Arbeitsplätze interessiert ist.

Bislang forderte die SPD die Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte wie Beteiligung der Arbeitgeber an Sozialversicherungen und Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub.

Leider können wir nicht erkennen, dass Sie dies nun im Bereich der Arbeitsplätze der Lehrkräfte für Deutsch tun, im Gegenteil, über Ihr neues Deutschkursprogramm über die Agenturen für Arbeit versuchen Sie, die gleichen unhaltbaren Arbeitsbedingungen für akademisch gebildete Deutschlehrkräfte fortzusetzen, wie Sie bisher das BAMF im Rahmen der Integrationskurse unter dem Bundesinnenministerium generierte.

In den Ausschreibungen der Agenturen für Arbeit, die sich an die Träger der Sprachkurse wenden, ist weder etwas von Sozialversicherungen zu lesen noch von Lohnfortzahlung bei Krankheit und bei Urlaub. Dort könnte statt ortsüblicher Preise pro Unterrichtsstunde stehen, dass feste sozialversicherungspflichtige Tarifverträge für akademisch gebildete Lehrkräfte die Grundvoraussetzung für die Vergabe der Sprachkurse sind.

Dies wäre ein wirklicher Beitrag zu einer gelingenden Integration.

Ihnen sollte unsere Situation sehr bewusst sein, da wir uns seit Jahren mit Forderungen nach Tarifverträgen an Sie wenden.

Der Versuch, Sprache mit Apps, Ehrenamtlichen oder Pensionären zu vermitteln, zeigt, welchen Stellenwert die Investition in die Bildung der Menschen hat, die integriert werden sollen.

Der erforderliche finanzielle Aufwand sollte als Investition in die Zukunft betrachtet werden, nicht als Kosten, die möglichst gering gehalten werden müssen.

Da unsere Arbeitssituation zunehmend an Brisanz gewinnt und Ihre öffentlichen Aussagen unsere Lage in keinster Weise adäquat berücksichtigen, suchen wir die Öffentlichkeit:

- Bundesweit haben sich viele verschiedene Dozenteninitiativen, wie beispielsweise der Bonner Offener Kreis, gebildet und wir sind vernetzt.
- Ende Mai 2015 in Bonn, im September und Oktober 2015 in Berlin, Köln und Düsseldorf und am vergangenen Dienstag, am 27. 10. 2015 in Köln und Reutlingen machten wir, die Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache, durch Demonstrationen auf unsere prekäre Arbeitssituation aufmerksam. Weitere folgen in den nächsten Tagen und Wochen.

Wir fordern von der Bundesregierung nun endgültig eine realistische Integrationspolitik mit Standards für uns Deutschlehrkräfte, wie sie in anderen europäischen Ländern wie z.B. Dänemark oder Schweden längst üblich sind. Ausgerechnet Deutschland hinkt hier der Integrationspolitik anderer Länder weit hinterher.

Wir erwarten eine rasche Stellungnahme zu unseren Forderungen, denn eine gelingende Integrationspolitik kann nicht mehr länger warten.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Monika Strauß-Rolke

[www.bonneroffenerkreis.jimdo.com](http://www.bonneroffenerkreis.jimdo.com)  
[bonner.offener.kreis@gmail.com](mailto:bonner.offener.kreis@gmail.com)